



**Dr. Johannes Fechner**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Berliner Bote 12/2014

**Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger im Wahlkreis Emmendingen/Lahr,  
liebe Genossinnen und Genossen,**

ich freue mich, hier die neueste Ausgabe des Berliner Boten präsentieren zu können und darin meine politische Arbeit der letzten Wochen für Sie/für Euch zu dokumentieren:

### **Expertenanhörung zum Thema Kinderpornographie**

In dieser Woche haben wir im Rechtsausschuss weiter an der Novellierung des Sexualstrafrechts zum besseren Schutz von Kindern vor Missbrauch und gegen die Verbreitung von Kinderpornografie gearbeitet. Deshalb habe wir in einer Expertenanhörung einige der renommiertesten Strafrechtler zu dem Thema gehört. Ich selbst bin in diesem Zusammenhang vom ARD-Hauptstadtstudio um eine Meinungsäußerung gebeten worden. Diese ist in dem Videobeitrag zu hören, der hier zu finden ist: <http://www.tagesschau.de/inland/sexualstrafrecht-105.html>

Wir wollen zwar unnötige Kriminalisierung - etwa durch private Fotos von Kindern im Planschbecken – vermeiden, aber dennoch Kinder effektiv vor sexuellem Missbrauch schützen. Dazu wollen wir Strafbarkeitslücken schließen, Verjährungsfristen verlängern und Präventionsprojekte fördern.

### **Rede im Plenum des Bundestages**

Am Freitag den 10. Oktober habe ich zum Thema Dispokreditzinsen im Bundestag gesprochen. Unser Hauptziel ist es, die Banken zu verpflichten, Zinssätze verständlich öffentlich bekannt zu machen und ihre Kunden über günstigere Alternativprodukte zu informieren, um einen Weg aus der Dispofalle aufzuzeigen.

## **Koalition einigt sich auf Karenzzeiten**

Die Fraktionsspitzen von Union und SPD haben sich auf feste Regeln für Politikerwechsel in die Wirtschaft geeinigt. Für ausscheidende Regierungsmitglieder soll künftig eine Karenzzeit von zwölf, in Sonderfällen von 18 Monaten gelten. Ziel einer Karenzzeit, also Übergangszeit, ist es, dem Anschein von Interessenverflechtungen und der Beeinflussung von Amtshandlungen durch die Interessen des neuen Arbeitgebers vorzubeugen. Ausscheidende Spitzenpolitiker einer Regierung sollen nicht als Türöffner und Lobbyisten engagiert werden, weil sie über wertvolle Kontakte und Insiderinformationen verfügen, die weit über ihr Fachgebiet hinausgehen können.

## **Breitbandausbau vorantreiben**

Damit die im Koalitionsvertrag vereinbarten Ausbauziele der Internetversorgung (50 Mbit/s bis 2018) erreicht werden können, fordern die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung auf, die bisherige Breitbandstrategie des Bundes umfassend weiterzuentwickeln. Nun wurden ergänzende Lösungsvorschläge aus dem Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur beschlossen.

## **In Bildung und Chancengerechtigkeit investieren**

Der Bund soll zukünftig die Kosten für das BAföG ab 2015 vollständig übernehmen und damit die Länder jährlich um 1,17 Milliarden Euro entlasten. Dadurch stehen den Ländern zusätzliche Mittel für Investitionen in Bildung zur Verfügung. Darüber hinaus ist eine substanzielle Stärkung und Modernisierung des BAföG geplant: Mit einer Erhöhung der Freibeträge, Bedarfssätze und Sozialpauschalen sollen sich ab 2016 die Leistungen spürbar verbessern. Gleichzeitig sollen weitere 110.000 Schüler und Studierende in den Kreis der BAföG-Berechtigten aufgenommen werden. Zudem sind Anpassungen an neue Studienstrukturen und zunehmende Internationalität, eine Anhebung und Vereinheitlichung des Kinderbetreuungszuschlags sowie eine weitere Entbürokratisierung geplant. Damit wird den Empfehlungen des BAföG-Berichts gefolgt, der alle zwei Jahre u.a. die Bedarfssätze und Freibeträge zu überprüfen hat. Wichtig ist aber nicht nur das BAföG für Akademiker, sondern auch das sogenannte Meister-BAföG also die finanzielle Förderung der Berufsausbildung.

## **Wahl zum Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Recht und Verbraucherschutz**

Nach etwas mehr als einem Jahr als Abgeordneter im Deutschen Bundestag war die vergangene Woche schon eine ganz besondere für mich. Am 7. Oktober hat mich die SPD-Bundestagsfraktion einstimmig zu ihrem rechtspolitischen und verbraucherpolitischen Sprecher gewählt. Dass der Fraktionsvorstand mich für diese verantwortungsvolle Aufgabe vorgeschlagen hat und das einstimmige Votum

der Fraktion betrachte ich als Bestätigung meiner bisherigen Arbeit. Ich werde mich nach Kräften bemühen, diesem Vertrauen gerecht zu werden. Dies wird auch bedeuten, dass ich bundesweit Termine wahrnehmen darf und deshalb gelegentlich (so selten, wie möglich natürlich!) örtliche Termine hierfür absagen muss.



Eine der ersten Gratulantinnen zur Wahl als Arbeitsgruppenvorsitzender war die Generalsekretärin der Landes-SPD und Vorsitzende der SPD-Landesgruppe, Katja Mast.

Herzliche Grüße

Ihr/Euer

Dr. Johannes Fechner, MdB